Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 4

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Soziales

SBZ

10 000 Wohnungen unter Plan

Rund 10 000 Wohnungen weniger als im Plan vorgesehen waren, hat die Sowjetzonen-Bauwirtschaft im Jahre 1962 fertigstellen und der Bevölkerung übergeben können. Dies geht aus einer «Baubilanz» hervor, die der Minister für Bauwesen, Ernst Scholz, zum 6. Parteitag der SED aufgestellt hat. Nach seinen Angaben sind im vergangenen Jahr «etwa 80 000 neue Wohnungen» übergeben worden. Nach dem Volkswirtschaftsplan 1962 aber sollten «mindestens 90 000 neue Wohnungen» fertiggestellt und übergeben werden.

Die Bauproduktion der Sowjetzone hat im Jahr 1962 ein Gesamtergebnis von 7,6 Milliarden Mark erreicht. Damit ist gegenüber 1958 zwar eine Steigerung um 1,9 Milliarden Mark erzielt worden, aber es wurden weder die Richtzahlen des «Siebenjahrplanes» (9,1 Milliarden Mark), noch die des Volkswirtschaftsplanes 1962 (7,8 Milliarden Mark) erfüllt.

1962 hat die Sowjetzone nach der «Baubilanz» die Zementproduktion gegenüber 1958 (3,6 Millionen Tonnen) auf 5,4 Millionen Tonnen gesteigert. Nach den Richtzahlen des Planes hätten jedoch 6 Millionen Tonnen erreicht werden müssen. Für Betonerzeugnisse wird für 1962 eine Produktionssumme von «etwa 10 Millionen Mark» ausgewiesen. Das ist rund eine Million Mark weniger als im Plan vorgesehen war.

Nur drei der 121 Mitglieder des vom 6. Parteitag der SED neugewählten Zentralkomitees werden in ihrer derzeitigen Berufstätigkeit als Produktionsarbeiter angegeben, nur sechs als Genossenschaftsbauern. 45 ZK-Mitglieder sind hauptamtliche Parteifunktionäre und 44 Mitglieder des neuen ZK sind Funktionäre im Staatsapparat der Sowjetzone. Die kommunistischen Massenorganisationen stellen 12 ihrer hauptamtlichen Funktionäre für das oberste Führungsorgan der SED; acht ZK-Mitglieder sind Wirtschaftsfunktionäre in leitenden Stellungen und zwei gehören zur freischaffenden Intelligenz. Ulbricht ist sowohl unter die Staats- als auch unter die Parteifunktionäre einzureihen.

Unter den 60 Kandidaten des ZK gibt es nur zwei Produktionsarbeiter und vier LPG-Bauern. Auch hier beherrschen die Partei- und Staatsfunktionäre (13 bzw. 20) das Feld. Kandidaten des ZK sind weiter sechs hauptamtliche Funktionäre der Massenorganisationen, zehn Wirtschaftsfunktionäre und fünf freischaffende Künstler.

Ungarn

Arme Bus-Chauffeure

Gewisse Buschauffeure in Ungarn müssten das Doppelte ihres Salärs als Strafe für Ueberverbrauch an Benzin bezahlen, wenn es nach den Vorschriften gehen könnte.

Kommunistische Funktionäre, deren Sinn nur nach den Normen steht, haben nämlich ausgerechnet, dass ein Omnibus des Typs Ikarusz 30 pro 100 Kilometer 22,5 Liter Benzin verbraucht. Dabei blieb aber die Zahl der Passagiere, die Strassenverhältnisse, die Anzahl der Haltestellen sowie die durch Kreuzungen, Bahnübergänge usw. verursachten Stopps unberücksichtigt.

Besonders schlimm scheinen die Zustände im Gebiet von Szatmar zu sein, wo die Strassen extrem schlecht sind und es eine grosse Zahl von Bahnübergängen gibt.

Selbst wenn der Bus leer ist, verbraucht er dort auf 100 Kilometer zwischen 28 und 30 Liter Benzin. Dazu kommt aber, wie Radio Budapest berichtete, dass der Passagierverkehr so stark ist, dass die Busse meistens die doppelte Anzahl von Fahrgästen befördern.

Die Folge davon ist, dass die Busse im Monat 150 bis 200 Liter Benzin mehr verbrauchen als die amtliche Norm vorsieht. Die unglücklichen Fahrer sollen die Kosten für diesen Mehrverbrauch aus eigener Tasche als Strafe bezahlen.

Da ein Liter Benzin 10,70 Forint (das sind ungefähr 45 Cent) kostet, beläuft sich die monatliche Strafe der Fahrer auf 2500 bis 3000 Forint, etwa das Doppelte eines Chauffeureinkommens. Somit scheint es ziemlich unwahrscheinlich, dass ein Fahrer jemals in die Verlegenheit kommen wird, diese Strafe wirklich bezahlen zu können.

Kultur

UdSSR

Was Kunst ist, bestimmt die Partei

Auf Grund verschiedener Berichte aus der Sowjetunion konnte man schon vor einiger Zeit feststellen, dass trotz allen Anstrengungen der Partei keine andere Richtung in der Kunst, als den sogenannten sozialistischen Realismus zu dulden, der Abstraktionismus sich sehr rasch verbreitete. Nun hat diese Entwicklung solche Formen angenommen, dass neue radikale Massnahmen ergriffen werden mussten.

Nachdem Chruschtschew die sowjetischen Bauern über die Arten der Düngemittel belehrte, den sowjetischen Wissenschaftlern auseinandersetzte, wie sie die wissenschaftlichen Untersuchungen auszuführen haben und den sowjetischen Schriftstellern die Gedichte eines Jugendfreundes, eines Schweinehirten, vorlas, griff er nun in den Streit über die Kunstformen ein.

Nach dem Besuch der Ausstellung der Moskauer Kunstmaler und der gleichzeitig durchgeführten Ausstellung der Abstraktionisten (der sowjetischen Abstraktionisten!) richtete er und nach ihm der ganze sowjetische Propagandaapparat schwere Angriffe gegen die moderne abstrakte Kunst. Vielen jungen sowjetischen Kunstmalern und Bildhauern wird die Nachahmung der reaktionären westlichen Vorbildern, die Vernachlässigung des Volkscharakters der Kunst sowie der Formalismus in der Kunst vorgeworfen. Im ganzen Lande finden Versammlungen der Künstlerverbände statt, die in ihren Resolutionen die Werke der modernen Maler entschieden ablehnen und sie als volksfremd und formalistisch bezeichnen.

Gewisse Künstler beeilen sich in der «Prawda» zu schreiben: «Die Partei — unser treuer Freund und Ratgeber — hat uns, die Vertreter der künstlerischen Intelligenz, noch einmal an die Verantwortung vor dem Sowjetvolk erinnert.»

Die «Diskussion» in der Presse ist natürlich sehr eindeutig. Ueber die Einwände und Argumente der Anhänger der Abstraktionisten heisst es höchstens: «Unklare Aeusserungen, die von geistiger Beschränktheit der Verfasser dieser ‚Werke' zeugen.» Obschon es für die breite Oeffentlichkeit sehr interessant und lehrreich zu erfahren wäre, worin diese «unklaren Aeusserungen» eigentlich bestehen, werden sie nirgends erwähnt. In vielen Einsendungen werden die westlichen Zeitschriften für die Entwicklung des Abstraktionismus in der Sowjetunion, namentlich unter den jungen Kunstmalern, verantwortlich gemacht.

Einige junge Künstler versuchen sich zu rechtfertigen, indem sie ihre Fehler zwar anerkennen, die Gründe dafür aber in der natürlichen Reaktion der Kunstmaler auf die jahrzehntelange Unterdrückung der Suche nach neuen Ausdrucksformen in der Zeit des Personenkultes Stalins sehen. Das sagte zum Beispiel der Kunstmaler Andrej Wasnezow, der Enkel des berühmten russischen Kunstmalers V. Wasnezow, in einem Artikel in der «Prawda». Er versuchte die Schärfe der Angriffe der Parteifunktionäre zu vermindern, indem er schrieb: «Der Unterschied in der Auffassung über professionelle Fragen kann kein Grund für gegenseitige Feindschaft und Misstrauen sein. Wir sind alle am Schicksal unserer Kunst in gleichem Masse interessiert, deshalb müssen wir alle Fragen gemeinsam entscheiden. Die gegenseitigen, nicht immer gerechten Beschuldigungen schaffen kein gutes Klima in unseren Verbänden.»

Bei den schweren Angriffen gegen die moderne Kunst geht es aber den Parteifunktionären gar nicht um professionelle oder künstlerische Fragen, über die man wirklich verschiedener Meinung sein kann. In der starken Entwicklung des Abstraktionismus, in der Abkehr vieler junger Kunstmaler vom offiziell anerkannten sozialistischen Realismus sieht die Partei eine gefährliche ideologische und politische Entwicklung, denn wer heute die geltenden künstlerischen oder literarischen Grundsätze verletzt, kann morgen auch über die politischen Grundsätze hinweggehen.

Diese Uebertragung der künstlerischen Fragen auf die Ebene der Ideologie und der Politik macht eine sachliche Diskussion unmöglich. Was die Partei dabei unter der künstlerischen Freiheit und künstlerischem Wert versteht, ist im Leitartikel der Zeitung «Literaturnaja gazeta» besonders deutlich formuliert worden: «Die Frage über die künstlerische Freiheit des Schriftstellers oder des Kunstmalers geht aus dem Gebiet der Aesthetik in das Gebiet der Ideologie über. Sie muss vom Standpunkt der Parteilichkeit der sowjetischen Kunst entschieden werden. Wir haben eine volle Freiheit des Kampfes für den Kommunismus, und wir werden niemals eine Freiheit des Kampfes gegen den Kommunismus haben. Der Streit zwischen den Anhängern des sozialistischen Realismus und des Abstraktionismus ist nicht bloss ein Streit zwischen zwei Richtungen in der Kunst, sondern ein Kampf zwischen zwei Weltanschauungen, zwei Ideologien. Der Abstraktionismus ist nicht nur ein Spiel mit Farb- und Lichtkombinationen. Er ist eine ideologische Erscheinung, die eine eigene Philosophie des Idealismus, des äussersten Subjektivismus besitzt, so-

Curriculum der Woche

VILIAM SIROKY

Ministerpräsident der CSSR

Siroky trat zu Anfang dieses Jahres durch seine Rede vor dem ZK (siehe KB, Nr. 3) auffälligerweise noch stärker als Partei- und Staatschef Novotny ins Rampenlicht.

Geboren 1902 in Bratislava, Slowakei (vermutlich ungarischer Abstammung), 1917 Eintritt in die Eisenbahner-Gewerkschaft und in die Sozialdemokratische Partei; 1921 gründet er eine kommunistische Organisation in Bratislava und wird zwischen 1922 und 1935 mehrmals wegen kommunistischer Tätigkeit verhaftet. Als illegaler lokaler Parteisekretär festigt er in der Frühperiode der Stalin-Aera (1928/29) seine Machtstellung und wird 1935 Sekretär des ZK der KP der Tschechoslowakei. Nach der Auflösung der tschechoslowakischen KP, Ende 1938, übernimmt er unter dem Decknamen Rudolf Rehak die Führung der slowakischen kommunistischen Partei. Nach dem Münchner Abkommen von 1938 und der folgenden Besetzung der Tschechoslowakei durch Deutschland emigriert er nach Paris und arbeitet im tschechoslowakischen Widerstand. Seit 1940 in Moskau, kehrt er 1941 in die Slowakei zurück und wird im Juli von der Gestapo verhaftet. Die slowakische Kollaborations-Regierung verurteilt ihn zum Tode, begnadigt ihn aber 1943 zu Zuchthaus auf Lebenszeit. Im Februar 1945 entflieht er aus dem Zuchthaus und wird stellvertretender Ministerpräsident in der provisorischen Regierung Fierlinger. Als 1. Sekretär der slowakischen KP von 1945 bis 1954 vollzieht er die Eingliederung seiner Partei in die KP der Tschechoslowakei. Von 1946 bis 1948: Fraktionschef der slowakischen KP in der National-Versammlung. 1950 bis 1953: Aussenminister, danach wieder stellvertretender Ministerpräsident. Nach Gottwalds Tod wird er Ministerpräsident der CSR und auf diesem Posten im Juli 1960 bestätigt. Während des Machtkampfes nach Zapotockys Tod, im November 1957, unterliegt Siroky dem gegenwärtigen 1. Sekretär des ZK der KPTsch und Präsidenten der CSSR, Antonin Novotny.

wie ihre Aesthetik des Formalismus und der «reinen» Kunst... Der Abstraktionismus ist nichts anderes, als die Manifestation der bürgerlichen Ideologie in der Kunst.»

Das Eingreifen der Partei in die von Wasnezow als «professionell» bezeichneten Fragen begründet «Literaturnaja gazeta» folgendermassen: «Die Kommunistische Partei lenkt den Aufbau des Kommunismus in unserem Lande, und sie kann sich nicht gleichgültig dazu verhalten, wie die Kunst sich an diesem Aufbau beteiligt, wie sie die grandiosen Aufgaben des ganzen Volkes löst.»

Die Tendenz zur Rückkehr zu den Liebesgeschichten im Kuhstall und zu den Bildern, die nur noch die Arbeiter mit und ohne Pressluftbohrer darstellen, ist unverkennbar. GB

Energieversorgung

Ostblock

Der kalte Winter

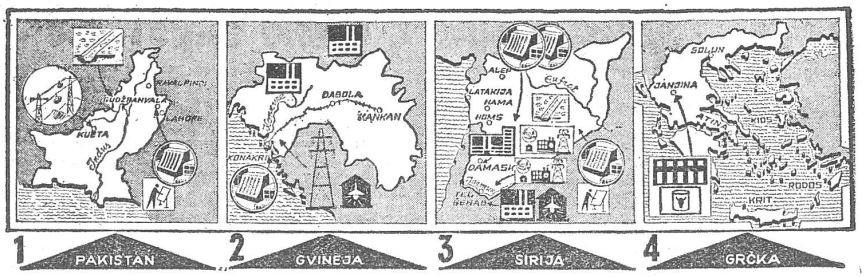
Die vergangene Kältewelle hat in Europa, geographisch gesprochen, Ost und West betroffen, politisch gesprochen also Länder «sozialistischer» und «kapitalistischer» Gesellschaftsordnung.

Wie machte sie sich nun hier und dort für den gewöhnlichen Bürger bemerkbar, für den Arbeiter, den Schüler, den Mieter?

Bei uns fiel die Elektrizitätsversorgung in einer Nacht während einer Stunde aus. Das Heizöl ist knapp geworden, so dass die Pflichtlagerbestände freigegeben wurden. Der Bürger wurde zum freiwilligen Sparen aufgefordert. Im Eisenbahnverkehr bewirkte die Kälte Zugsverspätungen bis zu einer Stunde. Für den Einzelnen waren die Auswirkungen des strengen Winters kaum entscheidend bemerkbar.

Die gleichen Ursachen hatten im planwirtschaftlich gelenkten Kontinentteil Wirkungen von beträchtlich grösserem Ausmass.

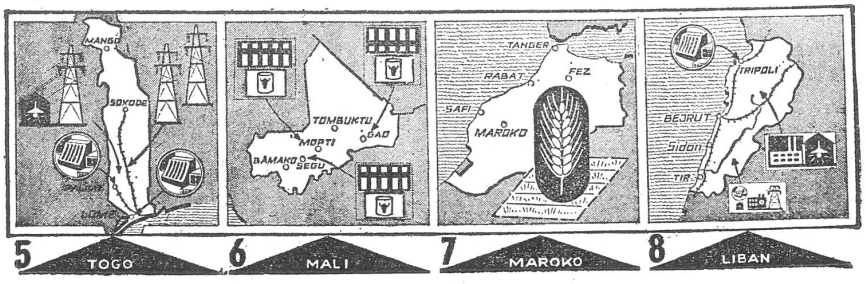
In der *CSSR* sind während etlichen Tagen ganze Abschnitte des Stromnetzes völlig ausgeschaltet worden. Leuchtreklamen auf den Strassen wurden überall eingestellt, die Benützung elektrischer Heizkörper überall verboten. Reduzierung der Beleuchtung in den Wohnungen und an allen Orten ohne «Produktionsarbeit» wurde zur Pflicht gemacht. Zur Kontrolle und «Warnung an alle Einwohner» (Rude Pravo) wurden Patrouillen von Jungpionieren und Jugendorganisationen sowie Gewerkschaften organisiert.



Zum Jahresende hatte Tito in einer bedeutenden Rede anlässlich des Gründungstages der Fabrik «Ivo Lola Ribar» bei Belgrad betont: «Jugoslawien geniesst hohes Ansehen in der Welt, insbesondere bei den asiatischen und afrikanischen Völkern. Das ist nicht nur für uns und die betreffenden Ländern von Nutzen, sondern für die fortschrittliche Bewegung überhaupt und die ganze friedliebende Welt. Auf diese Art leistet unsere Politik einen Beitrag zum gleichen Ziel, welches das sowjetische Volk anstrebt: den Frieden.»

Jugoslawien sieht sich einer Reihe von wirtschaftlichen Problemen gegenüber (etwa der Wirtschaftsintegration seiner sechs «sozialistischen Republiken») will aber seine Aktivität in den Entwicklungsländern weiterhin intensivieren.

Unsere Darstellung («Borba») zeigt die wichtigsten Aufträge der Belgrader Baufirma «Energoprojekt» für das laufende Jahr: 1. Pakistan: Bau eines Wasserkraftwerkes, Projektierung eines Bewässerungssystems von 30 000 Quadratkilometern durch Stauung des Flusses Gomal, Bau einer Seilbahn zum Kohlentransport. 2. Guinea: Zwei Wasserkraftwerke und zwei Staudämme, eine Hochspannungsleitung. 3. Syrien: Mehrere Wasserkraftwerke, ein Dieselkraftwerk, Bewässerungsnetze, Pumpstationen, ein Theatergebäude in Damaskus. 4. Griechenland: Schlachthäuser und Tiefkühlgebäude, Seilbahnen, ein Wärmekraftwerk. 5. Togo: Wasserkraftwerke und Hochspannungsleitungen, teils im Bau, teils projektiert. 6. Mali: Drei Schlacht- und Tiefkühlhäuser mit kompletter Einrichtung. 7. Marokko: Mitarbeit an einem Grossprojekt zur landwirtschaftlichen Nutzung und Bewässerung des Gebietes Tafilalet. 8. Libanon: Wasserkraftwerk mit Kanal, Wärmekraftwerk. Weitere Projekte im Planungsstadium.



Die Nationalkomitees (Lokalbehörden) wurden ermächtigt, die Einwohner zwangsweise zur Arbeit an Güterbahnhöfen und Geleiseanlagen aufzubieten, ferner zu Schneeräumungsarbeiten im allgemeinen. Ueber die Stockungen im Eisenbahnverkehr sind noch keine Gesamtangaben erhältlich. Doch lässt sich ihr Umfang vielleicht am Beispiel des hochindustrialisierten Ostrawa-Beckens ermessen, wo allein 6600 Waggons bei den Hüttenwerken nicht entladen werden konnten.

In *Ungarn* ist zwecks Stromeinsparung der gesamte Schulbetrieb vom 21. Januar bis zum 4. Februar eingestellt worden. Der Eisenbahnverkehr ist ab 20. Januar eingeschränkt worden (mit Ausnahme der Arbeiterzüge). «Informationen über die ausfallenden Züge werden am Bahnhof erteilt. Die Generaldirektion bittet das Publikum, vor der Reise an den Bahnhöfen Erkundigungen einzuziehen.» (Magyar Memzet.) Die Grubenarbeiter wurden durch Regierungsverordnung zu vollständiger Schichtarbeit am Sonntag verpflichtet.

In *Polen* waren letzte Woche (wahrscheinlich zum Teil auch diese Woche) die Schulen ebenfalls geschlossen. Im Eisenbahnverkehr sind mindestens 700 Züge ausgefallen, darunter auch Schnellzüge. In den Grossstädten ist die Heizung der Wohnungen tagelang ausgefallen, da die Brennstoffzufuhr aus Schlesien mangels Rollmaterials stoppte.

In *Bulgarien* erliess das Zentralkomitee vor einer Woche einen Radioaufruf. Es sei «Pflicht der Arbeiter zu Stadt und Land», den behördlichen Anordnungen zu Schneeräumungsarbeiten überall Folge zu leisten und dabei «Arbeitsdisziplin» zu wahren. Für die Kohlenversorgung wird nicht mehr garantiert.

Aus der Sowjetunion fehlen vorderhand diesbezügliche Pressenotizen.

Feuilleton

Rumänien/UdSSR

Das moralische Antlitz

Unter diesem Titel veröffentlicht die deutschsprachige rumänische Zeitung «Neuer Weg» einen sowjetischen Gastbeitrag von S. Jurjew über die praktischen Folgen der Kritik von unten nach oben. Die Erfahrung, dass Beanstandungen einer Belegschaft an der Betriebsleitung erst dankend aufgenommen und dann mit Entlassungen oder Schikanen quittiert werden, ist in allen Ostblockstaaten zu machen. «Kritik und Selbstkritik» werden zwar als Grundwerte des gesellschaftlichen Aufbaus propagiert, sind aber praktisch nur dort erwünscht, wo sie im Interesse der Partei auch detailliert vorgeschrieben werden. Der Text der Bukarester Zeitung:

«Der neue Chef erhob sich elastisch von seinem Sitz und ging federnden Schritts auf die Tribüne zu. Oben angekommen, warf er einen Blick über die sich eng aneinanderdrängenden Angestellten und begann die Thesen seiner Rede darzulegen.

Einer der Anwesenden, der die nervöse Spannung nicht mehr aushielt, schickte sich gerade an zu applaudieren, geriet jedoch unter dem strengen Blick seines neuen Vorgesetzten in Verlegenheit und verstummte. Die Rede des Direktors war ausgezeichnet. Sie beinhaltete sowohl Kritik wie Selbstkritik, eine Analyse der imperialistischen Machenschaften in Kongo ebenso wie eine an den Mängeln in der Arbeit des Büros. Beide Stellvertreter im Präsidium schmatzten laut vor Entzücken. Sie wollten sogar Hurra schreien, doch da sie den Charakter des neuen Chefs noch nicht genauer kannten, unterliessen sie es lieber.

«Einbildung», eine Zeichnung von «Krokodil», Moskau.

Mittlerweile fand die Rede ihren Abschluss.

‚Und jetzt', rief der neue Direktor den Angestellten leidenschaftlich zu, ‚möchte ich euch alle dazu aufrufen, sachliche Kritik zu üben. Ich arbeite schon seit vier Wochen in diesem Büro und werde froh sein, wenn man mich auf Unzulänglichkeiten in meiner Tätigkeit aufmerksam macht. Geniert euch nicht, Genossen, Kritik und Selbstkritik, Genossen, sind gleichsam zwei Ufer ein und desselben Flusses.'

Die Anwesenden schwiegen und blickten bescheiden zu Boden. Plötzlich sprang der Hilfsbuchhalter auf. Sein Gesicht trug einen merkwürdigen Ausdruck, wie den eines Menschen, der sich im nächsten Augenblick in ein brennendes Haus stürzen wird, um einen Armleuchter zu retten. Mit Mühe das nervöse Tremolo in der Stimme beherrschend, analysierte er eingehend die vierwöchige Tätigkeit des neuen Chefs und entdeckte darin nicht nur eine Reihe, sondern eine ganze Blütenlese von Mängeln. Dann wischte er sich den kalten Schweiss von der Stirn und sank auf seinen Sitz. Die Nachbarn wichen kaum merklich vor ihm zurück. Das Präsidium lächelte peinvoll.

Eine ungarische Karikatur zum Thema Kritik: Wo geht ihr denn hin? Es ist doch noch nicht Fastnacht. — Nein, aber wir wollen an der Versammlung eine Kritik äussern.

Am nächsten Tag wurde der Hilfsbuchhalter Saltanzew zum neuen Chef gerufen.

‚Setzen Sie sich, setzen Sie sich, Genosse Saltanzew. Ich freue mich, Sie zu sehen. Entschuldigen Sie meine Aufrichtigkeit, es war mir aber wirklich ein Vergnügen, Ihre scharfkritische Stellungnahme zu meiner bescheidenen Tätigkeit kennenzulernen. Im Grunde habe Sie ausgezeichnet gesprochen ...'

Hilfsbuchhalter Saltanzew machte eine abwehrend-protestierende Handbewegung, wie sie bei einer unerwarteten Beförderung im Amt üblich ist.

‚Nur eine kleine Einzelheit', fuhr der Chef fort, ‚Ihr, wenn ich mich so ausdrücken darf, moralisches Antlitz ...'

Sein Untergebener fuhr erschrocken zusammen und zupfte sich aus irgendeinem Grund an der Nase, als wollte er nachprüfen, ob sich sein moralisches Antlitz noch an Ort und Stelle befinde.

‚Das hat sehr übel ausgesehen, Genosse. Kaum habe ich, der Direktor des Betriebes, die Angestellten zu einer kritischen Wertung aufgerufen, drängen Sie sich auch schon vor. Sind sozusagen froh, sich bemühen zu dürfen. Kein Takt, kein Gefühl für die eigene Würde, keine Bescheidenheit. Das sieht wie offene Speichelleckerei aus. Ich bin für Kritik, aber ich hasse Speichellecker in jeder Form. So dass wir uns leider trennen müssen ... Ihr moralisches Antlitz ...'

Der Hilfsbuchhalter seufzte bitter. Niemals weiss man, wo man sein moralisches Antlitz verlieren kann, dachte er ...»

Wirtschaft

Ungarn

Die Planerfüllung

Als erstes Land des Ostblocks hat Ungarn seinen Bericht über seine mässige Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1962 vorgelegt. (Bei den tschechoslowakischen Angaben — siehe KB, Nr. 3 — handelte es sich um provisorische Zusammenstellungen zuhanden des Zentralkomitees.) Die Veröffentlichung des Zentralen Statistischen Amtes ist jedoch kürzer ausgefallen als in den Vorjahren.

Demnach hätten sich die Schwerindustrie, der Binnen- und Aussenhandel sowie die Produktion plangemäss entwickelt, während Landwirtschaft, Konsum- und Lebensmittelindustrie sowie die Investitionen unter den Zielen blieben.

Die gesamte *Industrieproduktion* war laut Bericht um neun Prozent höher als 1961. Die *grösste Zunahme* der Erzeugung verzeichneten *Maschinenbau und chemische Industrie.* Die Pro-Kopf-Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Prozent erhöht, doch konnten die Produktionskosten nicht im gewollten Umfang verrringert werden.

Die Landwirtschaft schneidet «wegen der Witterung und der schlechten Futterproduktion» *allgemein schlecht ab,* insbesondere aber in der Viehzucht. Der staatliche Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse blieb nicht nur unter den Erwartungen, sondern in einzelnen Sektoren (Obst, Eier) sogar unter den absoluten Vorjahreszahlen.

Im Aussenhandel ist der *Exportplan* um 2,3 Prozent *überschritten* worden. Die Importziele wurden annähernd erreicht.

Der *Investitionsplan* hatte sein Hauptgewicht auf die Industrie gelegt (bei katastrophaler Wohnungsnot in den Städten). Es wurden im abgelaufenen Jahr 48 Milliarden Forint für Investitionen und Erneuerungen aufgebracht, etwas weniger als im Plan vorgesehen, aber immerhin acht Prozent mehr als im Vorjahr. Allerdings ist daran zu erinnern, dass in der Bautätigkeit der kommunistischen Staaten die qualitativen Mängel immer eine grosse Rolle spielen. Darauf wird jeweils erst im neuen Volkswirtschaftsjahr Bezug genommen, was nachträglichen Abstrichen an der Planerfüllung gleichkommt. Das war in den letzten Jahren vor allem in der Sowjetunion der Fall.

Das Pro-Kopf-Realeinkommen habe dasjenige des Vorjahres um zwei Prozent überschritten. Der Reallohn von Arbeitern und Angestellten sei um ein Prozent höher als 1961.

Einen ganz gewaltigen *Aufschwung* hat der *Tourismus* genommen. 1962 besuchten 467 000 Ausländer Ungarn, 39 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Anzahl der ins Ausland reisenden Ungarn belief sich auf 455 000 (22 Prozent mehr als 1961). Nicht angegeben wird die Aufteilung nach westlichen und kommunistischen Ländern. Eindrücklich sind die *Bildungszahlen*. Die Anzahl der Hochschulstudenten ist um 14 000 (26 Prozent) auf 67 000 angestiegen. 1962 wurden 22 000 Bücher mit einer Gesamtauflage von über 63 Millionen herausgegeben.

Unser Memo

In Ungarn ist zum Aufstand von 1956 eine neue Version aufgekommen, die in deutlichem Gegensatz zur allgemein üblichen Darstellung des Regimes steht und sowohl den ideologischen Charakter als auch die allgemeine Ausstrahlung der Revolution zugibt. Die These von der Konterrevolution auf Betreiben imperialistischer Agenten, durch die Fehler des «Personenkults» und Rakosis gefördert, war bisher immer respektiert worden und stellt nach wie vor die offizielle Anschauung des Kadar-Regimes in Anlehnung an die sowjetische Ausdeutung dar.

Um so mehr Aufsehen würde demnach die kürzliche Veröffentlichung in der «Nepszabadsag», der ungarischen Parteizeitung, verdienen, wo das ganze Geschehen als Ausdruck eines gigantischen Klassenkampfes gewertet wird. Die Autorin Ilona Santa sucht weder die Ereignisse zu verniedlichen, noch die bewaffnete Unterdrückung der Massen zu verheimlichen (wenn auch die sowjetische Intervention völlig verschwiegen wird). Im Gegenteil: der Aufstand wird als Beispiel dafür angeführt, dass sich die Partei nicht scheuen müsse, nötigenfalls den Klassenkampf bis zur Konsequenz des blutigen Kampfes zu führen.

Bei der Schilderung der Ereignisse zur Zeit Rakosis zitiert die Autorin: «Damals bestand in Ungarn der Klassenkampf unter neun Millionen Genossen.» Imre Nagy habe die Klassenkampfstimmung mit seinem Versuch, den von Rakosi künstlich entfachten Klassenkampf zu mildern, «nur noch weiter getrieben, in einem unerhörten Ausmass». «Die Parole der nationalen Einheit war damals ein konterrevolutionärer Slogan», heisst es und weiter: «Imre Nagy und seine Gruppe hat damals mit seiner Klassenkonzeption die Gegensätze verstärkt.» Die Revisionisten hätten «die selbstbewussten Kräfte des Volkes abrüsten, die Arbeiterklasse schwächen und den Klassenkampf lahmlegen» wollen. So entstand «eine verhängnisvolle geschichtliche Lage» und die Partei «musste gegen die bewaffnete Konterrevolution zum letzten Mittel des Klassenkampfes schreiten, zum bewaffneten Kampf».

Es ist klar, dass diese Schreibweise mit Verharmlosung nichts mehr zu tun hat, mit der sonst die ungarische KP die ganze Revolution gewissermassen als bedauerliches Missverständnis hinzustellen sucht. Hier wird die kommunistische Geschichtsauffassung der Klassenentwicklung auch auf den Gegenschlag voll angewandt. Hier wird die Inkonzilianz gegenüber den Kräften der Revolution betont bis überbetont auf die notwendige Härte der kommunistischen Entwicklung über alle Widerstände hinweg.

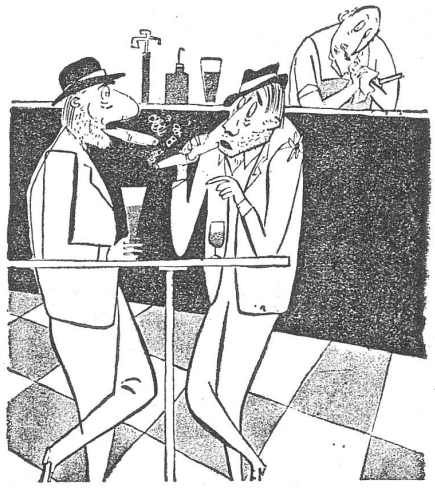
Die Stimme ist gewiss vereinzelt, fand aber immerhin in der Budapester Parteizeitung Aufnahme. Es ist gut, auch sie zu hören, zur Zeit, da die sogenannte «Liberalisierung» in Ungarn mit grösstem Propagandaaufwand zur Verwischung der Gegensätze (in freundlicher Unterordnung unter die KP natürlich) auffordert. Die grundsätzliche Feindseligkeit gegen die nichtkommunistische Bevölkerung besteht eben doch, auch wenn sie aus taktischen Erwägungen zu gewissen Perioden geleugnet werden mag. Die terroristischen Gesetze bezüglich «Aufwiegelung» und «Sabotage» bestehen nach wie vor, und ihre erneute Anwendung steht im Belieben der Partei. Prinzipielle Opposition ist immer noch mit Deportation strafbar, wenn ihr Ausdruck gegeben wird und mit dem Tode strafbar, wenn sie öffentlich (das heisst schon vor drei Personen) propagiert wird.

Die Liberalisierung trifft vor allem Mitglieder der KP, die unter Rakosis Willkürherrschaft auch gelitten hatten. Sie trifft Parteilose aber höchstens unter der Voraussetzung, dass sie die kommunistischen Spielregeln voll und ganz einhalten. Andernfalls gibt es weder Rehabilitierung noch Wiedergutmachung. Die Meinungsäusserung hat ein grösseres Spielfeld bekommen, gewiss. Man darf staatliche Institutionen etwa kritisieren und selbst Parteipraktiken der Rakosi-Aera. Aber die Grenzen bestehen nach wie vor: Wollte beispielsweise jemand die Absetzung Kadars verlangen, wäre er mit physischer Vernichtung bedroht. Auch die Vorherrschaft der Partei ist nicht anzuzweifeln. Das sind die Spielregeln der Liberalisierung, die relativ gross erscheint, aber immer noch prinzipiell zur Demokratie im Gegensatz steht, auf andere Weise, aber kaum weniger als die stalinistischen Formaldiktatur.

Der Schnappschuss

Merci, «Vorwärts»!

Wir haben in der letzten Nummer unsere Leser zur Phantasieübung aufgefordert, sich vorzustellen, was der «Vorwärts» zu einem Staat sagen würde, in dem Kindsmisshandlungen grösseren Ausmasses vorkommen könnten, wenn es sich um die Schweiz und nicht um die Sowjetunion gehandelt hätte (laut Darstellung des «Vorwärts»). Nun, der Phantasieübung bedarf es nicht mehr — so wenig es für den «Vorwärts» eines annähernd so schweren Falles bedurfte, um über unsern Staat herzufallen. Der tragische Brand in einem Heim für epileptische Kinder genügte dem PdA-Organ zu diesem Zweck durchaus («Vorwärts» vom 25. 1., Seite 1). Memo: Wir prangern nicht die sachliche Seite der Rüge an, sondern ihre Auswertung. Der Tod von sechs Kindern wird unserer Gesellschaftsform vorgeworfen, um eine Gesellschaftsform zu propagieren, die Zehntausende von Unschuldigen ermordet hat, eine Tatsache, die auch dann feststeht, wenn wir nur kommunistische Aussagen berücksichtigen, wie etwa Chruschtschews Angaben über die Opfer des «Personenkults».



«Hätten wir diese Zigarren vor zehn Jahren geraucht, wären wir als Klassenfeinde abgeschrieben gewesen.» Eine zeichnerische Glosse von «Ludas Matyi», Budapest, zum kubanischen Zigarrenexport. Eine Havanna-Zigarre ist übrigens immer noch ein recht kapitalistisches Vergnügen, kostet sie doch soviel wie zwei Kilo Brot.

Bevölkerung

Sowjetunion

Zuwachs kleiner

Der Geburtenzuwachs in der Sowjetunion verringert sich weiter. Die natürliche Zuwachsrate der Bevölkerung ist seit 1958 kleiner geworden und liegt jetzt unter der Rate von 1913. Immerhin ist der sowjetische Geburtenüberschuss noch gross genug, um jedes Jahr trotz Neulandanbau Versorgungsprobleme aufzuwerfen.

Ueber die Entwicklung des natürlichen Zuwachses auf 1000 Einwohner gerechnet, veröffentlicht «Westnik Statistiki» folgende Zahlenreihe (die allerdings das letzte Jahr noch nicht berücksichtigt): 1913: 16,8; 1940: 13,2; 1950: 17,0; 1955: 17,5; 1958: 18,1; 1959: 17,4; 1960: 17,8; 1961: 16,6.

Mit dem sinkenden Geburtenüberschuss sieht sich die Sowjetunion immer noch nicht einem Problem wie die Tschechoslowakei gegenübergestellt, wo Geburtenrückgang registriert wird. Die Volksdemokratien führen jetzt mit Verspätung eine grosse Kampagne gegen Abtreibungen und Schwangerschaftsunterbrechungen, die sie zuvor geduldet, wenn nicht gefördert hatten.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 30. Januar 1963

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Fortsetzung von Seite 3

und Südamerika verschickt werden. Diese drei Dienste kosten uns runde Fr. 100 000.— jedes Jahr. Es dürfte wenig Unternehmungen in der Schweiz geben, welche die Informationsbeschaffung aus dem Ostblock auf so wenig prosperierende Weise verwerten.

Wir müssen Quellen haben

Die Tätigkeit der Fachbücherei wird fortgesetzt, sofern das nach dieser Publizität noch möglich ist. Es handelt sich um keinen einträglichen, aber politisch um so notwendigeren Osthandel. Darüber schrieb ich im «Klaren Blick» vom 30. 8. 1961: «Was ist nun ein aus taktischen Gründen zu befürwortender Osthandel? Jeder Wirtschaftsverkehr, der uns politisch mehr Vorteile als Nachteile bringt. Wenn beispielsweise westliche Forschungsstellen Zeitungen und Zeitschriften aus dem Ostblock auswerten und Bücher studieren, so ist dieses Material auf Grund eines Osthandelsgeschäftes in die Schweiz gekommen. Entweder argumentiert man rational und realistisch und studiert den Gegner, um ihn bekämpfen zu können — dann muss man einem solchen Osthandel zustimmen. Oder man argumentiert äusserst leichtsinnig, rein gefühlsmässig, desinteressiert sich um den Gegner (um von ihm sehr unangenehm überrascht und überrundet zu werden) — dann darf man auch ein solches Osthandelsgeschäft bekämpfen. Die Verantwortung für eine solche Politik tragen zu müssen, würde uns allerdings erdrücken.»

Nun darf ich beifügen, dass beispielsweise die «Weltwoche» sehr oft hervorragende und sachlich dokumentierte Artikel über den Kommunismus veröffentlicht. Daher haben wir in unserem Mitteilungsblatt übrigens die «Weltwoche» als eine uns nahestehende Zeitung zum Abonnement empfohlen. Die von den Autoren solcher «Weltwoche»-Artikel verwendeten Unterlagen über den Kommunismus sind in der Regel durch ein Ostgeschäft in die freie Welt gelangt. Entweder durch den für eine kommunistische Buchhandlung einträglichen Osthandel oder durch den für eine Organisation wie die Fachbücherei durchaus nicht einträglichen Osthandel. Ein dritter Weg besteht nicht.

Dass schliesslich die Fachbücherei nicht nur ihr bekannten Persönlichkeiten und Organisationen, sondern auch Unbekannten Unterlagen besorgt hat, ist gar nie bestritten worden. Solche Lieferungen betreffen rund 2,5 Prozent des Umsatzes. Sollten wir etwa eine Zensur einführen und Kontrollen ausüben? Das wären totalitäre Ansätze, die auch das Ost-Institut konsequent bekämpft. Wir haben keine Angst vor der Wirkung kommunistischer Propagandaliteratur bei uns. Wer sich Unterlagen aus dem Ostblock beschaffen will, kann dies ohne weiteres tun, über kommunistische Organisationen oder über die Fachbücherei. Wir ziehen vor, dass dies über die Fachbücherei geschehe, denn deren Kunden werden keiner politischen Nachbearbeitung ausgesetzt.

8. Schlussfolgerungen

Das sind die Korrekturen, die ich gegenüber der einseitigen, zum Teil falschen Berichterstattung in einigen Zeitungen anzubringen gezwungen war.

Zum Prozess selbst habe ich in keiner Weise Stellung genommen. Ich fühle mich in meiner Ehre durch den Angriff von Herrn Nationalrat Oprecht verletzt. Es ist aber Sache des Gerichtes, darüber zu befinden. Es kann sein, dass die Gerichte meine Klage abweisen. Das kann mich als ein der Demokratie verpflichteter Publizist keineswegs dazu verleiten, eine Verschärfung der rechtlichen Bestimmungen über die Ehrverletzung zu postulieren. Denn das tangiert immer auch die Pressefreiheit und mit ihr eine der tragenden Säulen der demokratischen Gesellschaft.

«Ueber die strafrechtliche Grenzlinie hinaus gibt es aber noch eine grössere Verantwortung. Es ist nicht gleichgültig, was wir und wie wir schreiben. Das Wort kann von grosser, unheimlicher Wirkung sein. Es kann den, an den es gerichtet ist, niederwerfen oder erheben, ihn vergiften oder beseligen, ihn zur Niedertracht verführen oder zur sittlichen Tat ermutigen. Solche Ueberlegungen sind freilich nicht mehr modern, und wer die Meinung äussert, dass die Presse auch so etwas wie eine moralische und staatsbürgerliche Aufgabe zu erfüllen habe, macht sich leicht lächerlich und erscheint als ein Mann von vorgestern... Wir leben heute in einer anderen Zeit und mit anderen Problemen, und deshalb kann heute eine Zeitung nicht mehr geschrieben werden, wie man sie vor fünfzig Jahren geschrieben hat. Aber geblieben ist die Verpflichtung zu einem politischen Ethos. Ein Journalismus, der nur an die niederen Instinkte appelliert, von Sex- und Gangstergeschichten lebt, bei seinen «Enthüllungen» vor keiner Verletzung der persönlichen und privaten Sphäre zurückschreckt, vor jeder sauberen politischen Stellungnahme mit destruktiven und nihilistischen Sprüchen ausweicht, ist nicht nur eine Beleidigung der seriösen Leserschaft, sondern wird, wenn er sich in unserem Pressewesen wie eine Seuche ausbreitet, zum Totengräber der Demokratie. Denn diese Demokratie lebt nicht von Menschen, die dumm gemacht werden oder die man für genügend dumm hält, um ihnen jeden zusammengeschmierten Mist zu servieren, sondern von Bürgern mit klarem politischem Urteil, denen das Wort «Verantwortung» und «Gesinnung» noch nicht zum Gegenstand des Gespöttes geworden ist.»

Das sind Worte über «die Verantwortung der Presse», die Chefredaktor P. Schmid-Ammann am 5. Januar dieses Jahres im «Volksrecht» veröffentlicht hat. Es sind Worte, die geschrieben zu haben ich mich glücklich schätzen würde, weil ich mich voll zu ihnen bekennen kann. Es war stets mein Bestreben, mich dieser Verantwortung zu unterstellen.

Dürr Sagn.

De Gaulles Interview vor zwei Wochen in der jugoslawischen Karikatur. Im allgemeinen wurden die Ausführungen des französischen Staatspräsidenten in der kommunistischen Presse durchwegs kritisch kommentiert. Wohl werden die Erschwerungen des britischen Beitritts zur EWG mit Genugtuung registriert, aber die Erklärung zur Frage der französischen Atomversuche bildet den Ansatzpunkt zu Angriffen gegen Frankreich im allgemeinen und seinen Präsidenten im besonderen.

In Kürze

Die bulgarische Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, «Georgi Dimitrov» von Russe, wird in diesem Jahr mit der Produktion des neuen 12-PS-Traktors «Dunav-112» beginnen. Die technische Dokumentation für die Produktion ist von der Schweizer Firma «Rapid» geliefert worden. Bis zum 1. Mai 1963 sollen bereits die ersten zehn Stück fertiggestellt werden.

Laut Berichten der jugoslawischen Lokalbehörden betrug im Jahre 1962 die Zahl der Arbeitslosen in der sogenannten «Vojvodina» (Batschka und Banat) 35 000, das heisst 11 Prozent der werktätigen Bevölkerung. Obwohl es sich um die reichsten Agrargebiete Jugoslawiens handelt.